

Genf: teures Pflaster

Die Personalsituation der Dienststellen des Bundes in Genf - insbesondere der P'I'T'-Angestellten - hat sich in letzter Zeit wegen der hohen Teuerung und der Mietzinsen sowie der grossen Lohndifferenzen zunehmend verschärft. Ein Vergleich der Lebenskosten in den Grossstädten Basel, Bern, Zürich, Lausanne und Genf zeigt, dass die Teuerung in der Rhonestadt zurzeit das Landesmittel von 108,2 Indexpunkten um drei Prozent übersteigt. Wie das EFD am Mittwoch mitteilte, verfügt damit der Bundesbeamte in Genf lohnmassig über eine rund drei Prozent geringere Kaufkraft als seine Kollegen in anderen Grossstädten.

Die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt, wo 7'000 Wohnungen fehlen, wirkt sich auch auf die Mietzinse aus. Für eine 4½-Zimmer-Wohnung im üblichen Standard muss laut EFD in Genf zwischen 50 bis 150 Prozent mehr Miete bezahlt werden als in Bern oder Basel und rund 50 Prozent mehr als in Zürich.

Der Arbeitsmarkt auf dem Platz Genf ist infolge der starken Konkurrenzierung, der grossen Zahl dort ansässiger internationaler Organisationen und des begrenzten Rekrutierungsgebietes sehr angespannt. Gegenüber den Besoldungen des Bundes liegen die Löhne der Mitarbeiter städtischer und kantonaler Verwaltungen in Genf bedeutend höher. Dies führt zu Lohndifferenzen bei vergleichbaren öffentlichen Funktionen bis zu 1000 Franken pro Monat.

Bundesbedienstete in Genf erhalten ab 1. Juli 1987 deshalb eine jährliche Lohnzulage von 2000 Franken und wenn nötig einen Mietzinszuschuss von 300 bis 500 Franken. Der Bundesrat hat eine entsprechende Verordnung erlassen, um der verschärften Personalsituation in der teuersten Stadt Europas Rechnung zu tragen. Die gleichentags von der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte gutgeheissenen Sondermassnahmen werden den Bund mit rund 13 Millionen Franken belasten.

Als weitere Massnahme sollen die in Genf ansässigen Verwaltungen und Betriebe des Bundes in den nächsten Jahren den genossenschaftlichen Wohnungsbau verstärkt fördern.

SoAZ, 26.6.1987.

PTT-Union > Lebenshaltungskosten. Genf. SoAZ, 1987-06-26